

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



„Das Land verstößt gegen seine eigene Verfassung“

Das Präsidium des HLT hat in seiner letzten Sitzung entschieden, Verfassungsklage gegen das Land wegen unzureichender Finanzausstattung vor dem Staatsgerichtshof zu erheben. Die im November 2010 beauftragten Gutachter, der Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Martin Junkernheinrich und der Verfassungsrechtler Prof. Dr. Joachim Wieland, haben zuvor ihre Untersuchungsergebnisse vorgestellt und sehen gute Erfolgsaussichten für eine solche Klage.

„Wir sind sehr zuversichtlich, dass vor dem Hintergrund der katastrophalen und von den Landkreisen nicht zu verantwortenden Finanzsituation der hessischen Kreise der Staatsgerichtshof eine Verletzung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts feststellen wird“, so Präsident Robert Fischbach. Der Erste Vizepräsident Erich Pipa ergänzt: „Angesichts der bis Ende vergangenen Jahres aufgelaufenen kumulierten Haushaltsfehlbeträge auf den kaum vorstellbaren Wert von 2,6 Milliarden Euro, bedingt vor allem durch die Leistungsgesetze des Bundes und des Landes, steht den hessischen Kreisen das Wasser bis zum Hals. Von kraftvoller kommunaler Selbstverwaltung kann von daher keine Rede mehr sein!“

Nach Art. 137 Abs. 5 Hessische Verfassung hat das Land den Kreisen die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Durch die Verpflichtungen etwa im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe sowie der Unterbringung ausländischer Flüchtlinge und infolge der Wirtschaftskrise und insbesondere der Entnahme von jährlich 344 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich durch das Land Hessen sind die Kreise unverschuldet in die beschriebene Schiefelage gekommen.

Im weiteren Verfahren werden nunmehr mehrere Kreise ausgewählt, die – sozusagen stellvertretend für alle – Klage vor dem Staatsgerichtshof einreichen.



Präsident des
Hessischen Landkreistages
Landrat Robert Fischbach

Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

um den Landkreisen eine aufgabengerechte Finanzausstattung zu gewährleisten, hat das Präsidium des Hessischen Landkreistages am 10. Februar 2011 beschlossen, eine kommunale Grundrechtsklage gemäß Art. 137 Abs. 5 Hessische Verfassung gegen das Land zu erheben. Weitere Ausführungen zu den Hintergründen finden Sie in nebenstehendem Leitartikel.

In diesem Newsletter erhalten Sie darüber hinaus Informationen zur Neuorganisation des SGB II, zum Schulgesetz sowie zum Ballungsraumgesetz und zu weiteren, aus Kreis-sicht wichtigen Themen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihr
Robert Fischbach

Inhalt

AKTUELLE THEMEN	SEITE 02
<ul style="list-style-type: none"> ■ Jobcenter neu aufgestellt ■ Abschied aus dem Präsidium des Hessischen Landkreistages 	
KURZ NOTIERT	SEITE 03
<ul style="list-style-type: none"> ■ Sozialausschuss tagt mit Staatssekretärin Müller-Klepper ■ Gemeinsame Fachtagung mit der Kassenärztlichen Vereinigung ■ Stellungnahme zum Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main ■ Schulgesetz – Landkreise beurteilen Regierungsentwurf kritisch 	
AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG	SEITE 04
<ul style="list-style-type: none"> ■ Landkreise bieten Mithilfe bei Krisenbewältigung an ■ Bund und Länder müssen dauerhaft die Finanzierung der kommunalen Straßen und des ÖPNV sichern 	
EHRUNGEN, TERMINE	SEITE 04

Jobcenter neu aufgestellt

Mit dem Jahreswechsel haben sich auch die 26 Träger des SGB II in Hessen – davon 12 Landkreise als Optionskommunen und 9 in gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung mit der Bundesagentur für Arbeit – neu aufgestellt. Im Zuge der Neuorganisation der Trägerschaft des SGB II wurden zum 1. Januar bundesweit die Optionskommunen dauerhaft in ihrem Bestand gesichert und die bisherigen Arbeitsgemeinschaften in die neuen gemeinsamen Einrichtungen überführt. Unabhängig von der Trägerform tragen die Einrichtungen zur Betreuung der Langzeitarbeitslosen und deren Familienangehörigen nunmehr bundesweit die Bezeichnung „Jobcenter“.

Ende Dezember 2010 haben zudem der Kreis Groß-Gerau, der Lahn-Dill-Kreis und der Werra-Meißner-Kreis sowie zwei kreisfreie Städte (Offenbach und Darmstadt) ihre Antragsunterlagen für die Zulassung als Optionskommune eingereicht. Damit gibt es 5 Bewerber für die 3 zusätzlichen Optionsplätze für Hessen. Hessen festigt mit zukünftig 16 Optionskommunen seinen bundesweiten Spitzenplatz als Optionsland Nr. 1. Das Auswahlresultat soll Ende März vorliegen, die Umsetzung zum 1. Januar 2012 erfolgen.

Die Vertreter der bestehenden 13 hessischen Optionskommunen unterzeichneten gemeinsam mit Staatsminister Stefan Grüttner Anfang 2011 die im Rahmen des neuen Steuerungsmodells eingeführten Zielvereinbarungen mit dem Land. Dadurch soll die Leistungsfähigkeit der einzelnen Träger ständig vergleichbar und transparent dargestellt werden können. Hierbei wurden für das Jahr 2011 die Ziele „Verringerung der Hilfebedürftigkeit“, „Verbesserung der Integration in Erwerbstä-



tigkeit“, „Vermeidung von langfristigen Leistungsbezug“ und „Verbesserung der Integration Alleinerziehender“ vereinbart.

Zum Jahr 2011 hat das Hessische Sozialministerium des Weiteren die Vielzahl seiner bisherigen Ausbildungs- und Arbeitsmarktprogramme in die neuen Ausbildungs- und Arbeitsmarktbudgets überführt. Den Kommunen eröffnet sich dadurch ein großer Gestaltungs- und Handlungsspielraum. Offene Fragen zur praktischen Umsetzung der Budgets werden gemeinsam mit dem Sozialministerium geklärt. Wichtige Konsequenzen für die Arbeit in den Kreisen werden schließlich die auf Bundesebene erforderlichen Entscheidungen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Reform des SGB II, einschließlich der Erhöhung der Regelbedarfe und der Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes für bedürftige Kinder und Jugendliche, haben.

Der HLT mit seiner Koordinierungsstelle SGB II hat diesen Übergang sowohl koordinierend als auch fachlich unterstützend begleitet.

Abschied aus dem Präsidium des Hessischen Landkreistages



Präsident Robert Fischbach bei der Ehrung von Prof. Dr. Ralf-Rainer Lavies

Zum Abschluss der Präsidiumssitzung des HLT am 10. Februar 2011 hat Präsident Landrat Robert Fischbach die Herren Kreistagsvorsitzenden Michael Kossmann (Landkreis Waldeck-Frankenberg), Prof. Dr. Franz Neumann (Landkreis Gießen), Jürgen Schinkmann (Werra-Meißner-Kreis) sowie Prof. Dr. Ralf-Rainer Lavies (Landkreis Darmstadt-Dieburg) verabschiedet. Alle vier Kreistagsvorsitzenden haben sich für die Kommunalwahl nicht mehr zur Wahl gestellt, mit der Folge, dass sie damit zum April 2011 auch aus den Gremien des Hessischen Landkreistages ausscheiden. Präsident Fischbach dankte den vier Präsidialmitgliedern für deren langjähriges und engagiertes Mitwirken in den Beratungen und Entscheidungen des Präsidiums.

Eine besondere Auszeichnung wurde zudem Herrn Kreistagsvorsitzenden Prof. Dr. Ralf-Rainer Lavies zuteil, dem das Präsidium die Landkreis-Ehrenmedaille für sein herausragendes Engagement in der Konferenz der Kreistagsvorsitzenden – als Vorsitzender von 2001 bis 2006 und als stellvertretender Vorsitzender seit 2006 – verliehen hat.

Sozialausschuss tagt mit Staatssekretärin Müller-Klepper



Ausschussvorsitzender Landrat Burkhard Albers und Staatssekretärin Petra Müller-Klepper

Die aktuellen Leitlinien und Zielsetzungen der Landesregierung im sozialen Bereich wurden vom Sozialausschuss des HLT in seiner Sitzung am 19. Januar 2011 zusammen mit der Staatssekretärin im Hessischen Sozialministerium, Petra Müller-Klepper, erörtert. Von den Ausschussmitgliedern ist hierbei unter anderem deutlich unterstrichen worden, dass im anstehenden Zulassungsverfahren für die neuen hessischen Optionskommunen große Transparenz herzustellen ist und die kommunalen Spitzenverbände ihre Mitwirkung im neuen Kooperationsausschuss zur Abstimmung der arbeitsmarktpolitischen Grundlinien nach dem SGB II auf Landesebene anbieten. Weiterhin wurden die aktuellen Initiativen des Landes in der Kinder- und Jugendhilfe, die Zukunft der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen sowie die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskommission thematisiert und hierbei ein enges, abgestimmtes Vorgehen zwischen Sozialministerium und der kommunalen Seite vereinbart.

Gemeinsame Fachtagung mit der Kassenärztlichen Vereinigung

Am 1. März 2011, ab 10.00 Uhr, führt der HLT zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung in Homberg/Efze eine hessenweite Fachveranstaltung mit dem Titel „Kleinräumige Versorgungsbetrachtung und regionale Dialogstrukturen“ durch.

Die Veranstaltung steht im Zusammenhang mit der von beiden Partnern geschlossenen Kooperationsvereinbarung, in der ein gemeinschaftlicher Dialogprozess über die Möglichkeiten der künftigen Sicherstellung und Optimierung der ambulanten ärztlichen Versorgung in den hessischen Landkreisen verabredet wurde. Sie richtet sich an Entscheidungsträger und Verwaltung der hessischen Landkreise und der Kassenärztlichen Vereinigung, zudem an die weiteren Akteure, die im Hinblick auf die Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung in der Verantwortung stehen.

Stellungnahme zum Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main

Nach abschließenden Beratungen im Präsidium hat der HLT vor dem Hessischen Landtag Stellung zum Gesetzentwurf über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main und die dort geplanten Modifikationen insbesondere auch in der künftigen Aufgabenstellung des Planungsverbandes genommen. Grundsätzlich hat hierbei die vorgesehene regionale Organisation für das Rhein-Main-Gebiet die Zustimmung der hessischen Landkreise gefunden, wobei nach wie vor die Möglichkeit der Androhung von Zwangszusammenschlüssen durch die Landesregierung abgelehnt wurde.

In der Anhörung ist aber auch darauf hingewiesen worden, dass die im Gesetzentwurf verwendete Begrifflichkeit Metropolregion kritisch gesehen wird, da die von der EU definierte Metropolregion Rhein-Main wesentlich größer als die vom Gesetz erfasste Region ist. Ebenso wurde bemängelt, dass die von der Landesregierung zugesagte Evaluierung der bisherigen Zusammenarbeit in der Region Frankfurt/Rhein-Main leider nicht vorgenommen wurde und gefordert, diese – unter anderem zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden – alsbald nachzuholen.

Schulgesetz – Landkreise beurteilen Regierungsentwurf kritisch

Als „aus Sicht des HLT wenig ambitioniert“ und „erheblich hinter den Möglichkeiten zurück bleibend“ hat der Schul- und Kulturausschuss den von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes bewertet.



Kritisiert wurde insbesondere, dass so gut wie keine der Positionen aus den bereits in den Jahren 2008 und 2009 vom HLT vorgelegten Strategiepapieren zur Fortentwicklung des hessischen Schulwesens in der geplanten Novellierung Berücksichtigung gefunden hat. Die schon sehr früh von den im HLT vertretenen Schulträgern signalisierte Bereitschaft, mehr Mitverantwortung für die Schulen zu übernehmen und die damit einhergehende Forderung ein Mehr an Mitspracherechten zu erhalten, kommt im Gesetzentwurf an keiner Stelle zum Ausdruck. Auch reichen die Ansätze des Entwurfs, den Schulen mehr Selbständigkeit einzuräumen nicht aus, um ihnen die für eine erfolgreiche Arbeit erforderlichen Handlungsspielräume zu sichern. Damit bleibt eine entscheidende Option zur Qualitätsverbesserung des Gesamtsystems Schule auch für die Folgejahre ungenutzt.

Landkreise bieten Mithilfe bei Krisenbewältigung an

Vor dem Hintergrund des Dioxinskandals hat der Präsident des Deutschen Landkreistages der Behauptung nachdrücklich widersprochen, die Landkreise trügen eine Mitschuld an dem Vorhandensein verseuchter Futtermittel. Er wies darauf hin, dass grundsätzlich die Länder für die Futtermittelkontrolle zuständig sind. Die Landkreise sind allerdings in die Krisenbewältigung eingebunden und sind selbstverständlich bereit, zur weiteren Verbesserung der Futtermittelüberwachung beizutragen.

Der Deutsche Landkreistag begrüßt die vorgeschlagenen Maßnahmen zur besseren Überwachung der Erzeugung von Futtermitteln und die härtere Sanktionierung von Herstellern. „Dies gilt sowohl für die Zulassungspflicht der Futtermittelbetriebe als auch die Trennung der Produktionsströme von Fetten für Tierfutter und Industrie. Auch die Einführung einer Futtermittel-Positivliste ist sachdienlich“, so Präsident Hans Jörg Duppré abschließend.

Bund und Länder müssen dauerhaft die Finanzierung der kommunalen Straßen und des ÖPNV sichern

Die drei kommunalen Spitzenverbände haben Bund und Länder nachdrücklich aufgefordert, dauerhaft eine ausreichende Finanzierung der kommunalen Straßen und des öffentlichen Personennahverkehrs zu sichern. Bund und Länder müssten ihre Mittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur konstant halten und dürften sie keinesfalls kürzen. „Eine funktionstüchtige Verkehrsinfrastruktur ist volkswirtschaftlich ein bedeutender Standortfaktor. Dazu tragen die Kommunen mit ihrem Angebot im ÖPNV und dem zu 77 Prozent in Trägerschaft von Städten, Landkreisen und Gemeinden befindlichen Straßennetz entscheidend bei,“ sagten die Präsidenten des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeisterin Petra Roth (Frankfurt am Main), Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz) und Bürgermeister Roland Schäfer (Bergkamen) in Berlin. Bund und Länder sind deshalb aufgefordert, zur Sicherung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in

den Städten, Landkreisen und Gemeinden über 2013 und 2019 hinaus dauerhaft hinreichende Finanzmittel bereitzustellen.

Dazu sei es notwendig, dass die Länder die entsprechenden Finanzmittel gesetzlich fixieren und verbindlich für eine Verbesserung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur festschreiben. Dies gelte insbesondere für die Mittel in Höhe von jährlich rund 1,3 Milliarden Euro, die sie als so genannte Entflechtungsmittel im Rahmen des Übergangs der alleinigen Zuständigkeit für die Finanzierung kommunaler Verkehrsinfrastruktur vom Bund erhalten. Auf diese Weise würde auch Kürzungen dieser Mittel durch den Bund vorgebeugt, weil nur eine Zweckbindung in den Ländern den Bedarf und die sichere Verwendung der Bundesmittel für Verkehrszwecke glaubhaft belege.

EHRUNGEN

Kreistagsvorsitzender Prof. Dr. Ralf-Rainer Lavies wurde am 10. Februar 2011 für seine langjährigen Verdienste als Vorsitzender der Konferenz der Kreistagsvorsitzenden mit der Landkreis-Ehrenmedaille des Hessischen Landkreistages ausgezeichnet.

TERMINE

- **Hessenweite Fachveranstaltung „Kleinräumige Versorgungsbetrachtung und regionale Dialogstrukturen“**
Dienstag, 01.03.2011, 10:00 Uhr, Homberg/Efze
- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**
Dienstag, 15.03.2011, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Wirtschafts- und Planungsausschuss**
Mittwoch, 30.03.2011, 10:00 Uhr, Ort noch offen
- **Sozialausschuss**
Mittwoch, 19.05.2011, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Bezirksversammlung Mitte**
Mittwoch, 01.06.2011, 10:00 Uhr, Wetzlar
- **Bezirksversammlung Nord**
Dienstag, 07.06.2011, 10:00 Uhr, Neuenstein-Aua
- **Bezirksversammlung Süd**
Donnerstag, 09.06.2011, Kreis Offenbach



Hessischer
Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Direktor Dr. Jan Hilligardt
(z. Z. geschäftsführend)
Direktor Gerrit Kaiser

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: ries-knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Ries-Knauer
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE

zwei- bis dreimonatlich
500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Seerobenstraße 27
65195 Wiesbaden

BILDNACHWEIS

Hessischer Landkreistag
(Seite 1, 2 und 3)
Muhr – Partner für Kommunikation
(Seite 2 und 3)